südostasien
Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

1 | 2024, Philippinen,
Autor*in: Leah Hilario-Sikorski

Barangay – Graswurzel der nationalen Politik



Wähler vor einem Wahllokal in San Pablo City, © Aniles Duma

Philippinen: Kommunale Politik in den Philippinen zeichnet sich durch Bürgernähe und die Möglichkeit für direktes Engagement aus. Kritisiert werden hingegen Korruption und Machtmissbrauch

Auf den Philippinen lautet ein bekanntes Sprichwort: „Alle Politik ist lokal." Es bewahrheitet sich insbesondere während der *Barangay*-Wahlen (Kommunalwahlen). Lokale Amtsträger*innen haben Macht. Sie sammeln Stimmen für Kandidat*innen ‚höherer Ebenen', verschieben das Gleichgewicht zugunsten von Parteien und beeinflussen so nationale politische Dynamiken.

Ein *Barangay* ist ein kleiner territorialer und administrativer Bezirk auf der untersten lokalen Regierungsebene. Diese Bezirke dienen als primäre Planungs- und Umsetzungseinheiten für Regierungsprogramme und -dienstleistungen. Zugleich sind sie kollektive Foren für die jeweilige

Gemeinschaft. Die Schaffung eines *Barangay* erfordert ein zusammenhängendes Gebiet mit mindestens 2000 Einwohner*innen (außer in bestimmten Stadtgebieten), zertifiziert durch das NSO (*National Statistic Office*).

Barangay – kleinste politische Einheit im Land

Das *Barangay*-System wurde durch den *Local Government Code* von 1991 formalisiert. Der Code wurde am 10. Oktober 1991 während der Amtszeit von Präsidentin Corazon Aquino erlassen. Er definierte und organisierte die Struktur der lokalen Regierung auf den Philippinen neu, einschließlich der Rollen und Funktionen der *Barangays*.



Ein Barangay ist ein Regierungsbezirk mit mindestens 2.000 Einwohner*innen. Copyright: Brian Evans.Flickr.CC BY-ND 2.0 Deed

So wurde das *Barangay* zur kleinsten politischen Einheit im Land. Der Code beschreibt außerdem die Befugnisse und Aufgaben der *Barangay*-Mitglieder, des *Barangay*-Vorsitzenden und des Sangguniang *Barangay* (*Barangay*-Rates). Dieser rechtliche Rahmen bildet die Grundlage für die lokale Regierungsführung auf *Barangay*-Ebene.

Dies hat verschiedene Auswirkungen auf die nationale Politik. Positive Aspekte sind die Dezentralisierung der politischen Macht, die stärkere Einbindung lokaler Gemeinschaften in die Entscheidungsfindung, die gewährte lokale Autonomie für *Barangay* und die Förderung der Bürger*innenbeteiligung durch direkte Wahlen der *Barangay*-Mitglieder. Kritisiert werden jedoch Korruption und ineffektives Ressourcenmanagement in einigen *Barangay* sowie sehr große Unterschiede in der Umsetzung und Effektivität des Systems, abhängig von Regionen und lokalen Gegebenheiten.

Über 1,4 Millionen Kandidat*innen kämpften am 30. Oktober 2023 bei den *Barangay*-Wahlen um Sitze, was die Vitalität der philippinischen Demokratie verdeutlicht. Präsident Ferdinand Marcos Jr., der in Batac City in seiner Heimatprovinz Ilocos Norte seine Stimme abgab, betonte dabei die Wichtigkeit der Kommunalwahlen für die nationale politische Landschaft: „Von allen gewählten Amtsträgern sind die *Barangay*-Amtsträger die wichtigsten Stimmen-Bringer. Wenn dir ein

Barangay-Amtsträger sagt: ‚Ich bringe dir 350 Stimmen', dann kannst du dich darauf verlassen, dass das auch stimmt."

Barangay als Sprungbrett für höhere politische Ämter

Zahlreiche Politiker*innen starten ihre Karriere auf der *Barangay*-Ebene, sei es in den *Barangay*-Räten oder als *Barangay*-Vorsitzender. Diese lokale Erfahrung dient oft als Sprungbrett für höhere politische Ämter, einschließlich des Kongresses und der Präsidentschaft. Politiker*innen, die auf *Barangay*-Ebene erfolgreich agierten, können eine solide Basis lokaler Unterstützung aufbauen, was besonders bei landesweiten Wahlen entscheidend sein kann.



Marvin Castro unterstützt ehrenamtlich die Wahlen in seinem Barangay © Aniles Duma

Arnie Teves, ein ehemaliger *Barangay*-Vorsitzender aus Negros Oriental, wurde am 10. August 1971 in Bayawan City geboren. Vor seiner Tätigkeit als Abgeordneter hatte er verschiedene Positionen als gewählter Beamter inne, darunter der Vorsitz des *Barangay* Malabugas in Bayawan City. Während seiner Amtszeit als Dorfvorsteher war er auch Präsident der Vereinigung der *Barangay*-Vorsitzende

in Negros Oriental und Mitglied des Sangguniang Panlalawigan (Provinzvorstand) der Region – eine Position, die ihm während seiner politischen Karriere zahlreiche Unterstützer sicherte.

Das *Barangay*-System fördert zudem die Bildung politischer Netzwerke. Erfolgreiche Politiker*innen können auf nationaler Ebene von den auf der *Barangay*-Ebene geknüpften Bündnissen und Verbindungen profitieren. Durch die Förderung der Bürger*innenbeteiligung ermöglicht das *Barangay*-System politischen Kandidat*innen, auf höheren Ebenen, von einer mobilisierten Wählerschaft zu profitieren, die aufgrund ihrer Erfahrungen auf der *Barangay*-Ebene politisch bewusster ist.

Kandidatur und *Barangay*-Organe

Die Qualifikationen für die Nominierung und Wahl als *Barangay*-Mitglied umfassen die philippinische Staatsbürgerschaft, die Registrierung als Einwohner im betreffenden *Barangay* ein Jahr vor der Wahl, sowie die Fähigkeit, Filipino oder eine lokale Sprache zu lesen und zu schreiben. Ein *Barangay*-Mitglied erhält ein monatliches Gehalt von 15.000,00 Pesos (300 EUR) bis 20.000,00 Pesos (400 EUR), abhängig vom Einkommen des *Barangays*. Die *Barangay*-Beamten, einschließlich des *Barangay*-Vorsitzendens (oder *Punong Barangay*) und der *Barangay*-Ratsmitglieder gehören keiner Partei an. Kandidaten treten als Unabhängige an.

Der *Barangay*-Vorsitzender und die Räte bilden den *Sangguniang Barangay* oder *Barangay*-Rat, der nicht nur Regierungsaufgaben erfüllt, sondern auch Befugnisse im *Barangay*-Justizsystem ausübt zum Beispiel bei der Beilegung von Nachbarschaftsstreitigkeiten. Marvin Castro, eines der ehrenamtlichen Mitglieder der Wahlaufsicht in seinem *Barangay*, betont dass die Wirksamkeit eines Barangays durch verschiedene Faktoren beeinflusst wird. Darunter seien der Mangel an Ressourcen, unzureichende Schulung, politische Unterstützung, intergouvernementale Koordination und Rechenschaftspflicht.

Die Hierarchie des *Barangays* umfasst den *Punong Barangay* (Führungsmitglieder), sieben Mitglieder des *Sangguniang Barangay* (Rat), den Vorsitzenden des *Sangguniang Kabataan* (Jugend-Rat), einen *Barangay*-Sekretär und einen *Barangay*-Schatzmeister. Zusätzlich gibt es in jedem *Barangay* einen *Lupong Tagapayapa* (Schlichter).

Entwicklung auf lokaler Ebene

Barangay Officials sind lokale Verwaltungsbeamt*innen auf den Philippinen, die auf der Ebene der *Barangays* agieren, vergleichbar mit Stadtteilen oder Gemeinden. Der *Barangay*-Vorsitzende, als gewählter Anführer, leitet die *Barangay*-Regierung, während der *Barangay*-Council, bestehend aus Ratsmitgliedern und dem Vorsitzenden, lokale Entscheidungen über Angelegenheiten, Entwicklung, und Gesetze trifft. Zusätzlich sind sie in informelle Schlichtungsverfahren für Konflikte involviert und fördern die Entwicklung und Infrastruktur im *Barangay*. Die Koordination sozialer Dienste, wie Gesundheitsversorgung und Bildung, gehört ebenso zu ihren Aufgaben wie die Durchsetzung von Gesetzen auf lokaler Ebene. Die genaue Rolle kann je nach *Barangay* und lokalen Gesetzen variieren, insgesamt jedoch sichern *Barangay Officials* das Wohlbefinden und die Entwicklung ihrer Gemeinschaften auf lokaler Ebene.



Die Schule, an der Aniles Duma sonst unterrichtet, wurde während der *Barangay*-Wahlen zum Wahllokal – und sie selbst zur Wahlhelferin © Aniles Duma

Das *Sangguniang Barangay* ist das *Barangay*-Legislaturorgan, bestehend aus dem *Barangay*-Vorsitzende und gewählten Ratsmitgliedern. Diese lokale Instanz spielt eine entscheidende Rolle in der Gesetzgebung und Verwaltung auf *Barangay*-Ebene.

Zu den Schlüsselfunktionen gehören die Verabschiedung von *Barangay*-Verordnungen, die Genehmigung des *Barangay*-Haushalts, die Beteiligung an der Entwicklung und Umsetzung lokaler Entwicklungspläne sowie die beratende Zusammenarbeit mit höheren Verwaltungsebenen. Die Entscheidungsfindung erfolgt durch regelmäßige Treffen der Mitglieder, wobei der *Barangay*-Vorsitzende als Leiter eine zentrale Rolle spielt. Das *Sangguniang Barangay* ist somit ein integraler Bestandteil des dezentralisierten Regierungssystems, das den Bewohner*innen ermöglicht, ihre lokalen Angelegenheiten aktiv zu gestalten.

Die Pflichten und Verantwortlichkeiten des *Barangay* beinhalten zudem die Begleitung öffentlicher Einrichtungen durch Verbesserungsvorschläge, die Förderung von Genossenschaften, die Verwaltung von Einrichtungen, die Koordination der Mittelbeschaffung für Projekte sowie die Bereitstellung von Vergütung und Zulagen für Ratsmitglieder innerhalb des Budgets.

Überwachung der Wahlen

Die Wahlen werden lokal durch ehrenamtliche Wahlhelfer*innen überwacht. Aniles Duma, eine Lehrerin, engagierte sich in ihrem *Barangay* in San Pablo City, Laguna, um die Rechtmäßigkeit der Personalien und Wahlberechtigungen zu sichern.



Wahlplakat für die *Barangay*-Wahlen in San Pablo City. © Aniles Duma

Die *Barangay*-Wahlen und Kandidaturen auf den Philippinen werden durch staatliche Mittel finanziert und unterliegen den Vorschriften der *Commission on Elections* (COMELEC) sowie anderer einschlägiger Gesetze. Kandidat*innen können kostenfrei an den *Barangay*-Wahlen teilnehmen, ohne Gebühren oder Kosten für ihre Kandidatur zu tragen. Es existieren Obergrenzen für die Wahlkampfausgaben, um eine faire und ausgeglichene Teilnahme zu gewährleisten. Die Finanzierung für die Wahl und die Unterstützung von Kandidat*innen erfolgt aus staatlichen Mitteln, die bereitgestellt werden, um demokratische Prozesse zu unterstützen und sicherzustellen, dass Kandidat*innen unabhängig von ihrer finanziellen Lage an den Wahlen teilnehmen können. Die COMELEC überwacht den gesamten Wahlprozess, einschließlich der Finanzierung von Kandidaturen, und legt Regeln fest, um Transparenz und Fairness sicherzustellen.

Finanzierung der Wahlkampagnen

Die Verwendung staatlich zur Verfügung gestellter Mittel für Wahlkampagnen bei *Barangay*-Wahlen in den Philippinen kann vielfältig sein. Beispiele für ihre Verwendung umfassen die Produktion und Verbreitung von Wahlwerbung und Druckmaterialien wie Plakate, Flyer und Broschüren. Die Mittel können auch für die Organisation von Wahlkampfveranstaltungen, Versammlungen und *Town-Hall-Meetings* genutzt werden, um direkten Kontakt mit den Wählern herzustellen. Des Weiteren können sie für Reisekosten und Transportmittel verwendet werden, da Kandidaten verschiedene Gemeinden besuchen müssen. Schulungen von Wahlkampfteams und die Bereitstellung von Schulungsmaterialien für Freiwillige zur effektiven Mobilisierung der Wählerschaft sind ebenso Beispiele wie die Investition in moderne Technologien, darunter die Erstellung von Websites und die Nutzung sozialer Medien. Es ist entscheidend zu betonen, dass die genaue Mittelverwendung den gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien der COMELEC entsprechen muss.

Wahlverstöße und deren Ahndung



Glückwunschplakat für die neue Vorsitzende des Jugend-Rates. © Aniles Duma

Es werden regelmäßig Berichte über Verstöße gegen die Verwendung von Finanzierungsmitteln bei Wahlen in den Philippinen veröffentlicht. Beispiele für derartige Missachtungen sind die Überschreitung der festgelegten Obergrenzen für Wahlkampfausgaben, nichttransparente Verwendung von Geldern durch Kandidat*innen oder Wahlkampfteams, falsche Finanzberichterstattung und das Versäumnis, Spenden ordnungsgemäß zu deklarieren. Ebenso können rechtliche Probleme durch die Annahme von Geldern aus nicht genehmigten oder illegalen Quellen entstehen.

Obwohl bekannte politische Persönlichkeiten nicht direkt an den *Barangay*-Wahlen teilnehmen, unterstützen sie häufig Gemeindevorsteher, um die Unterstützung der Basis für zukünftige politische Bestrebungen zu gewinnen. Es gibt kein Verbot politischer Dynastien für *Barangay*-Vorsitzende und Ratsmitglieder. Das *Legal Network for Truthful Elections* (Lente) kritisiert den Missbrauch staatlicher Ressourcen, wie die Verteilung von Sozialleistungen und Einmischung in Stipendienprogramme durch amtierende *Barangay*-Beamte, die sich um Wiederwahl bemühen. Diese Aktivitäten deuten auf unrechtmäßige Einmischung und mögliche Verstöße gegen Vorschriften des öffentlichen Dienstes hin. Wähler*innen werden dazu aufgefordert, Kandidat*innen, die von solchen Aktivitäten profitieren, abzulehnen und stattdessen *Barangay*-Vorsitzende zu wählen, die die Gemeinschaft authentisch repräsentieren und positive Veränderungen fördern, ohne politische Klientelwirtschaft und Korruption.

Zum Weiterlesen

Kevin Donaire: Gemeinschaftlicher Klimaschutz

Lena Muhs: Entwicklung braucht Selbstbestimmung

Marina Wetzlmaier: Landwirtschaft ohne Bäuer*innen?

Marina Wetzlmaier: Philippinen: Fake News und Desinformation

Eric D. U. Gutierrez: Militär GmbH

Autor:in

Leah Hilario-Sikorski

Leah Hilario-Sikorski ist eine gebürtige Philippinin und lebt seit Jahren in Deutschland. Sie wurde im Bereich Wirtschaft und Steuern ausgebildet und war lange Jahre in einer international tätigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beschäftigt. Sie ist ehrenamtlich in Kunst und Kultur sowie für den Tierschutz tätig.



Dieser Text erscheint unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.